

Press Release

Wien/Tallinn, 19. 11. 2019

Neue Studie – EMY untersucht das Engagement junger Menschen für die Europäische Union

Mobile junge EU-BürgerInnen politisch interessiert, aber durch Bürokratie und sprachliche Barrieren in der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte eingeschränkt.

Ein europäisches Forschungsprojekt untersucht die Rahmenbedingungen für das politische Engagement junger mobiler Menschen in der EU mit dem Ziel, den Begriff der EU-„Unionsbürgerschaft“ stärker in der Wahrnehmung dieser Bevölkerungsgruppe zu verankern. Dazu sollen Verbesserungsvorschläge für die Einbeziehung dieser EU-BürgerInnen in das politische und gesellschaftliche Leben in ihren jeweiligen Gastländern erarbeitet werden. Die Untersuchungen werden in Estland und Österreich durchgeführt. Erste Ergebnisse liegen nun vor.

EMY (Empowerment of Mobile Youth in the EU) ist ein von der EU kofinanziertes Projekt, dessen Ziel es ist, junge mobile Menschen (16-29 Jahren) in der EU über ihre Rechte als UnionsbürgerInnen zu informieren und sie dazu zu motivieren, ihre demokratischen Rechte und Möglichkeiten zur politischen Teilhabe in einem vereinten Europa besser zu nutzen.

In einem ersten Schritt wurden im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai dieses Jahres per Umfrage (379 TeilnehmerInnen) und vertiefenden, moderierten Diskussionsgruppen (Fokusgruppen) Studierende in ihren Gastländern Österreich und Estland befragt. Es wurde erhoben, wie der Bewusstseinsstand über ihre politischen Rechte, insbesondere ihre Wahlrechte in ihren EU-Gastländern ist, wie groß ihr Interesse an den EU-Wahlen generell ist, respektive welche Barrieren sie davon abhalten ihr Wahlrecht zu nutzen.

Erste Ergebnisse aus den Auswertungen der Umfrage und der Fokusgruppen

Die wichtigsten vorläufigen Erkenntnisse kurz zusammengefasst:

- Mobile Studierende nehmen die Unionsbürgerschaft vor allem aufgrund ihrer praktischen Vorteile wahr (z. B. Reisen und Studieren im Ausland)
- Die Befragten zeigten sich an den Europawahlen zum größten Teil sehr interessiert. Sie waren sich ihres aktiven Wahlrechts im Allgemeinen bewusst, weit weniger über ihr passives Wahlrecht.
- Mobile StudentInnen sind in der Regel derzeit noch nicht bereit bei EU-Wahlen in ihren Gastländern ihr lokales Wahlrecht als EU-BürgerInnen auszuüben. Sie haben vielmehr eine starke Bindung an die politische Agenda ihres Heimatlandes: In beiden Ländern verfolgen etwa 2/3 die Nachrichten aus ihren Heimatländern täglich und wöchentlich. Das eher geringe Interesse an einer Beteiligung am politischen Leben des Gastlandes scheint in engem Zusammenhang mit zwei Faktoren zu stehen: Sprachkenntnisse und Aufenthaltsdauer.

- Bürokratische Hürden wie unzureichende Informationen zum Registrierungs- und Abstimmungsverfahren im Gastland, aber auch im Heimatland, stellen für die im Ausland lebenden Wahlberechtigten ein großes Hindernis dar an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen.
- Ein starkes Interesse besteht an der Möglichkeit der Stimmabgabe on-line (e-Voting), wobei aber bei vielen der Befragten nach wie vor Zweifel am, und mangelndes Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Sicherheit von e-Voting-Systemen bestehen.

Die detaillierten Umfrageergebnisse sind hier zu finden: <https://europeanmobileyouth.eu/survey/>

Ziele des EMY-Projekts

Mobilität in der EU beinhaltet das Recht sich politisch auf EU und kommunaler Ebene zu beteiligen. In diesem Zusammenhang soll das Projekt „EMY“ jungen EU-BürgerInnen ihre demokratischen Rechte als „Unionsbürger“ näherbringen. Im Mittelpunkt des Projekts stehen zunächst junge EU-BürgerInnen, die in Estland und Österreich studieren und ihren ordentlichen Wohnsitz haben.

EMY untersucht inwieweit diese „mobile Jugend“ am politischen Geschehen in ihrem EU-Gastland beteiligt ist bzw. inwieweit sie ihre Rechte als UnionsbürgerInnen wahrnehmen wollen bzw. können. Im Speziellen geht es darum, Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung der demokratischen Teilhabe von jungen UnionsbürgerInnen zu ermitteln, Hindernisse zu identifizieren sowie Vorschläge zu erarbeiten, mit welchen Methoden und Instrumenten die Zielgruppe unterstützt werden kann.

Junge mobile EU-BürgerInnen sollen durch gezielte Maßnahmen stärker für ihre demokratischen Rechte aus der Unionsbürgerschaft sensibilisiert werden. Ein wesentliches Ziel von EMY ist es, eine selbsttragende Community zu initiieren, die politische Partizipation der europäischen mobilen Jugend verstärkt thematisiert und Instrumente zur Unterstützung dieser Zielgruppe bietet. Für politische EntscheidungsträgerInnen, Behörden und involvierte Interessensvertretungen werden Empfehlungen ausgearbeitet, mit dem Ziel die Erwartungen, Bedürfnisse und Präferenzen der Zielgruppe für ein Engagement auf EU- und in den Mitgliedstaaten besser zu erfüllen.

Die nächsten Schritte im Projekt

Im nächsten Schritt werden auf Basis der bisherigen Erkenntnisse die Erfahrungen und Meinungen einschlägiger Interessensgruppen, wie Studentenverbände, mit der Materie befasste Ministerien und VertreterInnen politischer Parteien in Estland und Österreich erhoben und in die Untersuchungen eingearbeitet. Dazu starten im November und Dezember weitere Fokusgruppen. Nähere **Informationen zur Teilnahme** finden sie hier <https://europeanmobileyouth.eu/emy-focus-group-discussion-continuous-democratic-engagement/>

Die Projektpartner

Das **AIT Austrian Institute of Technology** ist Österreichs größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung und ist unter den europäischen Forschungseinrichtungen der Spezialist für die zentralen Infrastrukturthemen der Zukunft. Im Center for Digital Safety & Security werden modernste Informations- und Kommunikationstechnologien und Systeme entwickelt, um kritische Infrastrukturen im Kontext der umfassenden und globalen Vernetzung und Digitalisierung sicher und zuverlässig zu gestalten. AIT fungiert in diesem Projekt als Konsortialführer und bringt dabei dessen technologische Expertise im Bereich von ePartizipation ein.

www.ait.ac.at

Die **E-Governance Academie (EGA)** ist eine nichtstaatliche, überparteiliche Organisation mit Sitz in Estland, die zur Schaffung und Weitergabe von Wissen über E-Governance, E-Demokratie und die Entwicklung der Zivilgesellschaft gegründet wurde. EGA ist eine gemeinsame Initiative der estnischen Regierung, des Open Society Institute (OSI) und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), die 2002 gegründet wurde.

www.ega.ee

Das **Centre of Economics and Public Administration (CEPA)** ist ein Netzwerk von international anerkannten Experten in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Politikwissenschaft, Wirtschaft und Finanzen sowie Informationstechnologie. CEPA wurde 2015 in Großbritannien mit dem Ziel ins Leben gerufen, die komplexen Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu untersuchen. 2019 wurde die Wiener Niederlassung von CEPA gegründet.

www.cepanet.eu

Politikos hat sich zum Ziel gesetzt, eine effiziente Kommunikationsmethode zwischen politischen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft zu etablieren. Auf diese Weise werden innovative Ideen und Ansätze für die Politikgestaltung entwickelt, um allen Menschen die Möglichkeit zu geben sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und aktiv mitgestalten zu können.

www.politikos.at

Projektdaten

Projekt: Empowerment of mobile youth in the EU (EMY)

Projekt ID: [REC-RCIT-CITI-AG-2018](#)

Beteiligte Länder: Estland, Österreich, Projektstart: 1.2.2019, Projektende: 31.1.2021

Webpage: <https://europeanmobileyouth.eu>

[Facebook](#), [Instagram](#), [LinkedIn](#), [Youtube](#), [EMY Community](#) (FB Gruppe)

Dieses Projekt wird durch das Programm der Europäischen Union für Rechte, Gleichstellung und Bürgerschaft gefördert. (2014-2020)





Kontakt:

Mag. (FH) Michael W. Mürling

AIT Austrian Institute of Technology

Marketing and Communications

Center for Digital Safety & Security

M +43 (0)664 2351747

michael.muerling@ait.ac.at | www.ait.ac.at

Folgen Sie uns auf:

[Facebook](#)

[LinkedIn](#)

[Twitter](#)